Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 40 (1993)
Heft: 11-12

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BERN

Johannes Kunz vom EDA zur politischen Entwicklung in Europa

Wer ist im Ex-Ostblock europakompatibel?

Ende des kalten Krieges, Zerfall der ehemaligen UdSSR, Krieg in Jugoslawien, unbewältigte Wiedervereinigung in Deutschland. Immigrationsängste in Frankreich, Mafiamacht in Italien, Nein zu Europa in der Schweiz: Viel hat sich in kurzer Zeit geändert – wie geht es weiter? Der stellvertretende Chef des politischen Sekretariats im Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten, Johannes B. Kunz, äusserte vor Mitgliedern des Zivilschutzverbandes Bern-Mittelland seine Gedanken dazu.

SYLVIA BAUMANN-LERCH

Wir hätten uns während über 40 Jahren an ein zweigeteiltes Europa gewöhnt gehabt, blickte Johannes Kunz in seinem Referat einleitend zurück auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl uns die Lage damals nicht sonderlich gefiel, hatten wir uns damit abgefunden; schliesslich lebten wir ja im Wohlstand und in der Gewissheit, dass gewisse politische Mechanismen, wie etwa die Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), einen zivilisierten Verkehr zwischen den ideologisch verfeindeten Lagern möglich machten, fasste er die Situation zusammen.

Gemeinsam mit dem schlagartigen Ende des kalten Krieges vor vier Jahren, sei jedoch auch die Stabilität Europas zerfallen, stellte Johannes Kunz sodann fest. Die Politiker Europas sowie der Schweiz hätten den Überblick über die neue Lage seither noch nicht gefunden.

Der Referent betonte, Europa biete gegenwärtig nicht gerade ein Bild grosser Zuversicht. Die Bevölkerungsentwicklung, stagnierende Volkswirtschaften, Arbeitslosigkeit und das Migrationsproblem prägen allerdings seiner Ansicht nach die Politik heute mehr als die militärischen Gefahren oder die drohenden Umweltkatastrophen. Lösungen? (Fast) allerorts lägen die Heilerwartungen in der Europäischen Gemeinschaft; im Beitritt zur EG sähen die mittel- und osteuropäischen Staaten vor allem auch eine Garantie für ihre noch zerbrechliche Demokratie, vermutet Johannes Kunz.

Die EG kann, gemäss seinen Ausführungen, indessen trotz ihres enormen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Potentials nur bedingt als Ordnungsfaktor für Europa angesehen werden. Denn, die Organisation habe weder einheitliche Vorstellungen über die Entwicklung in Europa noch verfüge sie über Mittel, allenfalls eine bestimmte Politik durchzusetzen. Johannes Kunz hielt dazu fest, Konflikte auf europäischem Gebiet könnten wohl in absehbarer Zeit noch immer nur mit Unterstützung der USA und Russlands, das sich selber immer noch eine vorherrschende Rolle zuteile, in den Griff genommen werden.

Johannes Kunz malte mögliche Entwicklungen im Balkan aus und hielt dabei fest, diese Region bleibe uns wohl «als Faktor der Unstabilität» noch längere Zeit erhalten. Trotzdem schliesst er nicht aus, dass der Balkan zum Modell für Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion werden könnte. Die vielen neuen Staaten und Staatsgrenzen – aus früher 8 kommunistischen Ländern sind 27 geworden! – bezeichnete Johannes Kunz als «ein grosses Konfliktpotential»; in diesem Zusammenhang hielt er fest, die Stabilität in Europa habe trotz des Endes der Ost-West-Konfrontation abgenommen.

Wie Johnnes Kunz darlegte, hat der Vertrag über die Europäische Union (Maastricht) bisher den erwarteten Integrationsschub nicht auszulösen vermocht, sondern vielmehr in einzelnen EG-Staaten Regierungskrisen und politische Spaltungen hervorgerufen.

Es bestehe heute keine Gewissheit, dass Europa einst eine übernationale Organisationsform erhalte, sagte Johannes Kunz; gleichzeitig betonte er aber, das Ergreifen gemeinsamer Sicherheitsmassnahmen sei für die europäischen Staaten unumgänglich. Er zeigte verschiedene Möglichkeiten auf, darunter diejenige im Rahmen einer KSZE mit überstaatlichen Kompetenzen (Mehrheits- statt Einheitsbeschlüsse).

Welche Staaten letztlich überhaupt in den europäischen Kreis eingeschlossen werden, hängt seiner Ansicht nach nicht nur von der politischen Stabilität und den funktionierenden demokratischen Einrichtungen ab, sondern auch davon, wie weit eine Annäherung ans westeuropäische (Wohlstands-)Niveau erfolgt. Eine Grenze zeichne sich bereits schon ab, erklärte Johannes Kunz – er sieht sie im Bereich von Baltikum/Slowakei/Ungarn/Slowenien/Kroatien. Er erinnerte daran, dass die absehbare neue Teilung Europas mit der geschichtlichen Grenze zwischen West- und Ostchristentum identisch wäre und eigentlich eine Zivilisationsgrenze darstellen würde. Er wies auch darauf hin, dass sich im ehemaligen Jugoslawien just an dieser Linie erbitterte Kämpfe abspielen – zwischen Völkern dreier Zivilisationen, dem Christentum, der Orthodoxie und des Islams. Johannes Kunz glaubt nicht an einen Zufall, wenn dereinst die Wohlstands- und die Zivilisationsgrenze zusammenfallen. Seine Prognose: Eine Einheit Gesamteuropas ist trotz aller guten Worte unwahrscheinlich. Man tue gut daran, sich politisch weiterhin auf ein – zumindest in absehbarer Zukunft – geteiltes Europa einzustellen, findet Johannes Kunz.

Verband bernischer Zivilschutzstellenleiter

Fünf Ehrenmitglieder

sbl. Die Vernehmlassung zum neuen Zivilschutzgesetz, die Mitarbeit an einem neuen Ausbildungsmittel für Lehrlinge und die Aktualisierung des Handbuchs für die Zivilschutzstellen beschäftigten den Vorstand des Verbands bernischer Zivilschutzstellenleiter (VBZSL) im vergangenen Geschäftsjahr.

Dem Jahresbericht des Präsidenten Peter Aeschlimann konnte zudem entnommen werden, dass wiederum diverse Arbeitsplatzbewertungen vorgenommen worden sind. Man habe festgestellt, dass die meisten Stellen eher unterdotiert seien, war von Aeschlimann zu vernehmen. Die Bewertungsresultate werden jeweils an die Behörden weitergeleitet – es sei sodann Sache der Gemeinden, allenfalls zu reagieren, sagte Präsident Aeschlimann. 1993/94 wird sich der VBZSL ausser mit weiteren Arbeitsplatzbewertungen, mit den Verordnungen zum Zivilschutzgesetz und ersten Reorganisationen beschäftigen; das Tätigkeitsprogramm sieht überdies einen Anlass zum Thema Frauen und Sicherheitspolitik vor.

Die von 70 Leuten besuchte Hauptversammlung nahm von den Demissionen der Vorstandsmitglieder Hans Feuz, Hans Jordi und Rosmarie Ghisoni Kenntnis. Sie wählte Susanne Mazenauer (Mattstetten) neu in den Vorstand. Erstmals seit dem 11jährigen Bestehen des VBZSL wurden Mitglieder geehrt: Hans Feuz, Margrit Hediger, Hans Jordi, Martha Ganter und Josef Schmocker wurde die Ehrenmitgliedschaft zuerkannt. Im Anschluss an die Versammlung besuchten die bernischen Zivilschutzstellenleiter die emmentalische Schaukäserei in Affoltern.

GRAUBÜNDEN

Öffentlichkeitsarbeit gewinnt an Stellenwert

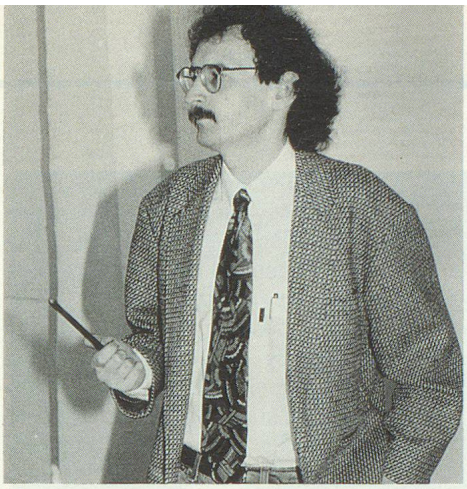
Chefredaktor bildet Zivilschutzkader aus

Wie wird eine Pressemitteilung verfasst? Diese Frage können 20 Dienstchefs Nachrichten der Zivilschutzorganisationen in Graubünden heute beantworten. Andrea Masüger, Chefredaktor der «Bündner Zeitung», hat ihnen dieses Wissen vermittelt.

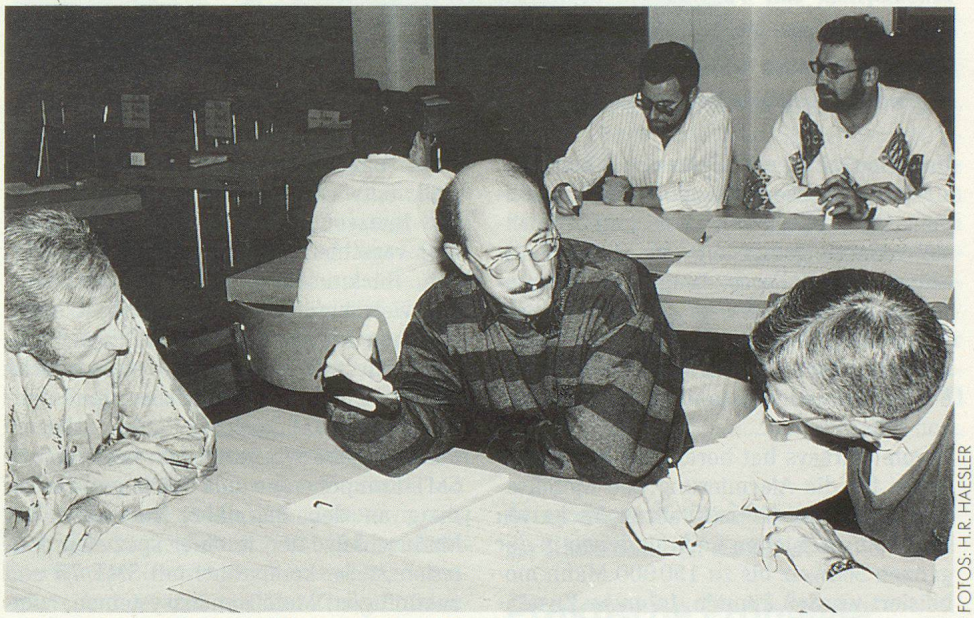
HANS-RUDOLF HÄSLER

Aufgeboten wurden die Kaderleute durch das Amt für Zivilschutz und Katastrophenhilfe Graubünden. Die Ausbildung fand zwischen dem 12. und 15. Oktober im Zivilschutzausbildungszentrum Meiersboden in Chur statt. Neben der «Medienarbeit» standen Themen wie «Bedrohung heute», «Zivilschutzreform 95» und «Katastrophenhilfe» auf dem Programm.

Zwei wichtige Anliegen des neuen Zivilschutzes sind eine gute Ausbildung der Kader- und Mannschaftsangehörigen sowie vermehrte Öffentlichkeitsarbeit. Beidem ist Andrea Masüger in seinem Vortrag gerecht geworden. Der ausgewiesene Fachmann zeigte in lehrreicher und unterhaltender Form auf, wie seriöse Pressearbeit geleistet wird. Die dreistündigen Ausführungen konnte der Schreibende selber auf der Schulbank mitverfolgen und vieles lernen. Inwieweit die «Saat» bei den Kursteilnehmern auf fruchtbaren Boden gefallen ist, werden die zukünftigen Artikel über die Zivilschutzaktivitäten in den Gemeinden zeigen.



Chefredaktor Andrea Masüger.



Verfassen eines Presseartikels – eine knifflige Angelegenheit.

FOTOS: H.R. HAESLER

Gefahrenbilder erkennen

«Vieles ist im Umbruch, neue Bedrohungsformen erfordern angepasstes Handeln», so lautete das weitere Motto der diesjährigen zweitägigen Weiterbildungskurse. Als roter Faden diente der Sicherheitsbericht des Bundesrates vom 1. Oktober 1990 an das Parlament. Im Vordergrund steht nicht mehr das klassische Bedrohungsbild kriegerischer Ereignisse. Ganz andere Gefahren können uns und unsere Lebensgrundlagen bedrohen. Die Dienstchefs versuchten, mögliche Gefahrenbilder zu erkennen und festzustellen, wieweit der Zivilschutz einen Beitrag zum Schutze der Bevölkerung leisten kann. Sehr rege wurden in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeiten und Grenzen der Katastrophenhilfe durch Zivilschutzangehörige diskutiert.

In Gruppenarbeit stellten die Teilnehmer im weiteren fest, wieweit der Umbau des Zivilschutzes 95 bereits gediehen ist. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge bemerkte der eine oder andere, dass er ja wegen der Zivilschutzreform 95 schon in wenigen Jahren aus der Schutzdienstpflicht entlassen wird. ▲

Im Ernstfall unentbehrlich – heute zweckmässig. Zivilschutzmobiliar von ACO.

ACO Zivilschutzmobiliar
Allenspach & Co. AG
4612 Wangen b/Olten
Tel. 062 32 58 85-88
Fax. 062 32 16 52

ACO. Das Zeichen der Vernunft.

SCHWYZ

Ascom leistet Pionierarbeit

SMT 750 in Schwyz

Optimale Kommunikation erlaubt das Mobilisationssystem SMT 750, das im September vom Amt für Feuer und Zivilschutz in Schwyz in Betrieb genommen wurde. Das SMT 750 ist eine zukunftsweisende Neuentwicklung.

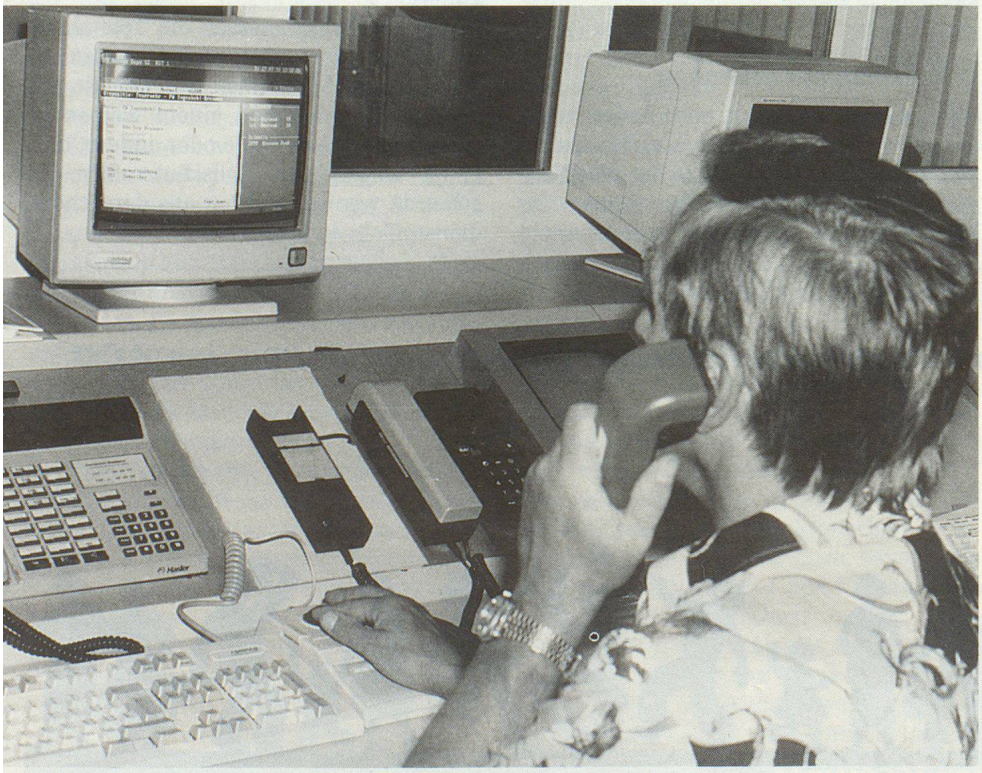
Unvorhersehbare Ereignisse – Naturkatastrophen, grössere Brände, Unfälle – können eine Vielzahl von Menschen in höchstem Masse gefährden. Oft hilft nur rasches und sicheres Reagieren entsprechender Interventionsorganisationen wie Feuerwehr, Polizei, Sanität, Zivilschutz, um Schlimmeres zu verhüten. Dass es dabei auf Sekunden ankommt, versteht sich von selbst.

Ascom Infrasys hat bereits zahlreiche Systeme für die Alarmierung und Mobilisation realisiert, die seit Jahren im harten Praxiseinsatz stehen und mit denen in der ganzen Schweiz bis zu 150000 Mann mobilisiert werden können. In enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Interventionsspezialisten ist auch die neuste Systemgeneration entstanden, das SMT 750.

Am 9. September wurde nun die erste SMT-750-Anlage – nach einem sechsmonatigen Betriebsversuch – in Schwyz offiziell in Betrieb genommen und dem Kunden (Amt für Feuer und Zivilschutz) übergeben. Angeschlossen an dieses System sind gegenwärtig die zehn Gemeinden Schwyz, Ingenbohl, Muotathal, Morschach, Riemenstalden, Gersau, Sattel, Freienbach, Wollerau und Feusisberg mit insgesamt 1400 Teilnehmern. Die Anlage kann bis auf 10000 Teilnehmeranschlüsse erweitert werden.

Die wesentlichen Leistungsmerkmale von SMT 750 sind: Mobilisation mittels Telefon, Funk oder Telepage Swiss (Ortsruf B); absolut einsatzsicher auch bei Netzüberlastung; Konferenzgespräche mit bis zu zehn Teilnehmern; menügesteuertes, speziell entwickeltes Bedienungsprogramm für Interventionsorganisationen; bis zu 400 verschiedene Alarmdispositive möglich; Rückmeldung an den Einsatzleiter, wie viele bereits den Telefonhörer abgenommen haben; nach erstmaligem Sprechen des Ansagetextes automatische Durchsage ab Sprachspeicher; automatischer Protokollausdruck jedes Alarms; Funktionsüberwachung der wesentlichen SMT-Komponenten mit Störungsrückmeldung an den Betreiber; Verwalten der Mannschaftsdaten in einer speziellen Mutationsstelle; kompatibel mit SMT 75 und zukünftigen Mobilisationssystemen; umfangreiches Schulungs- und Trainingsprogramm für Anwender.

FOTO: ASCOM INFRASYS AG



Blick in die Kommandostelle SMT 750 bei der Kantonspolizei Schwyz.

ZÜRICH

Generalversammlung des Zivilschutzverbandes des Kantons Zürich

Samuel Bachmann neuer Präsident

Die Generalversammlung des Zivilschutzverbands des Kantons Zürich (ZSVKZ) fand am 30. Oktober in Opfikon statt. Der ZSVKZ zählt gegenwärtig rund 1400 Mitglieder. Als Nachfolger des zurücktretenden Max Affolter wurde Samuel Bachmann zum Präsidenten gewählt. Im kommenden Vereinsjahr wird sich der Verband vor allem mit den Auswirkungen der Zivilschutzreform beschäftigen. Regierungsrat Homberger unterstrich, dass heute die Bedrohungslage labiler den je ist, und Hildebert Heinzmann (Vizedirektor BZS) rief in Erinnerung, dass der Zivilschutz seit 1990 rund 300000 Manntage für die Bevölkerung im Einsatz gestanden hat.

MARTIN KNOEPFEL

Anwesend waren auch zahlreiche Gäste aus Politik und Zivilschutz: Die Stadt Opfikon war durch Stadtpräsident Leuenberger, die für den Zivilschutz zuständige Stadträtin Helene Kunz und durch Stadtschreiber Tischhauser vertreten. Wie Leuenberger in seiner Grussadresse betonte, geniesst der Zivilschutz in der Opfiker Bevölkerung grosses Ansehen, was nicht zuletzt auch auf die Einsätze für die Gemeinschaft zurückzuführen sei. So stellte der Pionierdienst die Infrastruktur für das Fest «25 Jahre Stadt Opfikon» auf die Beine, und der Betreuungsdienst organisierte im Sommer eine Ferienwoche für Pflegebedürftige am Zürichsee.

Die Bedrohungslage ist labiler denn je

Die Grüsse des Zürcher Regierungsrates überbrachte Polizeidirektor Homberger, dem auch der Zivilschutz untersteht. In seiner Rede wies Homberger darauf hin, dass immer noch Bedrohungen aller Art (kriegerische Auseinandersetzungen in Osteuropa, Migrationen grossen Ausmasses, Natur- und Zivilisationskatastrophen) existieren, und dass die Lage noch nie so labil gewesen ist wie heute. Weiter sprach

Homberger dem Verband seine Anerkennung für den Einsatz für den Zivilschutz aus. «Es ist für die Verantwortlichen beruhigend, zu wissen, dass im Flottenverband ‹Zürcher Zivilschutz› ein starkes Begleitschiff mit dem Namen ZSVKZ mitfährt.» Zugleich warnte Homberger, dass es noch viel Anstrengung kosten werde, um bei den Aufgaben, welche neu auf den Zivilschutz zukommen, das gleiche Niveau wie beim Schutz der Bevölkerung vor den Folgen von Kampfhandlungen zu erreichen.
Das BZS war durch seinen Vizedirektor, Hildebert Heinzmann, vertreten, der darauf hinwies, dass der Zivilschutz seit 1990 mehr als 300 000 Diensttage für die Bevölkerung leistete, und dass sich bei den Überschwemmungen von Brig einmal mehr gezeigt hat, dass die Feuerwehr nach wenigen Tagen auf Verstärkung durch den Zivilschutz angewiesen ist. Weiter zeigte sich Heinzmann optimistisch in bezug auf die Chancen des totalrevidierten Zivilschutzgesetzes. Voraussichtlich werde der Nationalrat als zweite Kammer die Vorlage in der Märzsession verabschieden, und unmittelbar danach beabsichtige das BZS eine breitangelegte Vernehmlassung über die zugehörige Verordnung durchzuführen. Zum Schluss wies Heinzmann auf die für den Zivilschutz günstigen Ergebnisse einer vom BZS in Auftrag gegebenen repräsentativen Meinungsumfrage hin; die Abschaffung des Zivilschutzes sei heute, wie inzwischen auch von linker Seite eingeräumt werde, kein Thema mehr. Trotzdem muss sich der Zivilschutz nach Ansicht von Heinzmann in der Öffentlichkeit noch besser verkaufen.
Die Grüsse des Schweizerischen Zivilschutzverbands überbrachte dessen Zentralsekretär, Hans Jürg Münger, der dem scheidenden Präsidenten des ZSVKZ für dessen Engagement dankte. Anwesend waren sodann Vertreter des aargauischen Zivilschutzverbands sowie des Ortschef-, des Feuerwehr- und des Samariterverbands des Kantons Zürich, die dadurch ihr Interesse an einer Zusammenarbeit ausdrückten.

Samuel Bachmann neuer Präsident

Den Grossteil der Versammlung nahmen die statutarischen Geschäfte in Anspruch. Dabei wurden der Jahresbericht des Präsidenten, die Rechnung sowie das Budget und das Tätigkeitsprogramm für 1994 jeweils einstimmig gutgeheissen.
Hier seien nur einige Punkte herausgegriffen: So wurden im vergangenen Vereinsjahr innerhalb des Vorstands zwei Kommissionen gebildet, welche sich mit der Zukunft des ZSVKZ befassen und ein Leitbild erarbeiten sollen. Leider war ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, der sich auch in der Rechnung niederschlug, während dagegen gleichzeitig das Interesse an den Veranstaltungen stieg. Weiterhin gut war die Zusammenarbeit zwischen dem ZSVKZ und dem Kantonalen Amt für Zivilschutz, mit dessen Leitung der Vorstand alljährlich eine Sitzung durchführt. Trotzdem sind gewisse Postulate bezüglich der Abgabe von Unterlagen und Reglementen noch unerfüllt. Die Hoffnungen richten sich auf das neue Gesetz. Bei der Gestaltung neuer Unterlagen bahnt sich eine Mitwirkung des Verbands an. Wünschbar ist sodann eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit befreundeten Verbänden (Ortschefs, Feuerwehr, Samariter, Armee) und mit den Zivilschutzverbänden der Nachbarkantone. Ferner verfügt der Verband über sechs Fachgruppen, die zum Teil eigene Aktivitäten entwickelten. Die Sektion organisierte wiederum einen gutbesuchten Einführungskurs. Schliesslich wurde das Mitteilungsblatt des ZSVKZ neu gestaltet. Das Tätigkeitsprogramm für das kommende Vereinsjahr geht auf die Anforderungen ein, welche mit dem neuen Leitbild auf den Zivilschutz zukommen und umfasst Veranstaltungen zu den Themen Ortsfunk sowie Zusammenarbeit mit den Rettungstruppen der Armee, den Samaritern und der Feuerwehr.
Ferner hiess die Versammlung eine Statutenänderung gut, wonach der Vorstand von neun auf sieben Mitglieder reduziert wird. Weil die zweijährige Amtszeit des Vorstands mit der GV 1993 ablief, waren Gesamterneuerungswahlen fällig. Dabei wurden alle Bisherigen, welche sich erneut zur Verfügung stellten, bestätigt. Neu in der Vorstand kommt Paul Voegeli (OC StV Adliswil), der schon während des abgelaufenen Vereinsjahres verschiedene Aufgaben übernommen hatte. Hingegen traten drei langjährige Vorstandsmitglieder zurück, Max Affolter (Präsident), Hans Gremlich (Sekretär) und Kurt Studer (Mitgliederbetreuung). Als Dank für ihren Einsatz wurden Max Affolter und Hans Gremlich zu Ehren- und Kurt Studer zum Freimitglied ernannt. Zudem erhielten alle eine ZSVKZ-Wappenscheibe. Zum neuen Präsidenten wurde Samuel Bachmann (Fehraltorf) gewählt, der bisher im Vorstand für die Aussenbeziehungen zuständig gewesen ist. Er will die Mitgliederwerbung intensivieren und den ZSVKZ an der Verwirklichung von «Zivilschutz 95» mitwirken lassen.

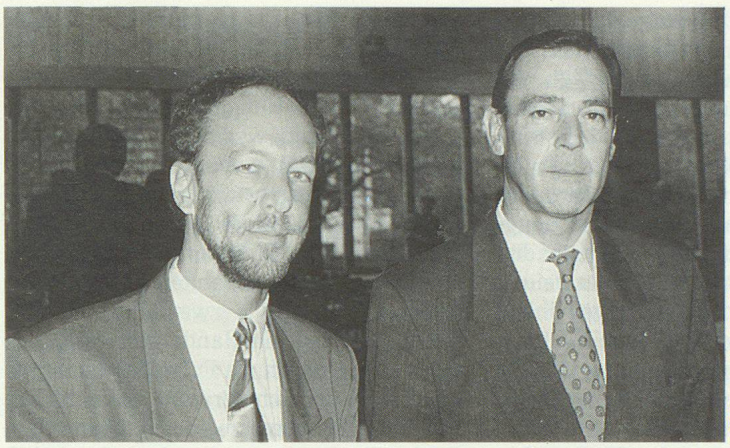


FOTO: M. KNOEPFEL

Der neue Präsident Samuel Bachmann (links) und Max Affolter, scheidender ZSVKZ-Präsident.

Auswirkungen der Qualitätseinstufung der Schutzräume auf die ZUPLA

Praktische Probleme in den Gemeinden

Am 5. Oktober führte die Fachgruppe SRO des Zivilschutzverbandes des Kantons Zürich einen gutbesuchten Erfahrungsaustausch durch, der praktischen Problemen im Zusammenhang mit der laufenden Überarbeitung der ZUPLA, der Auswirkungen der Qualitätseinstufung der Schutzräume auf die ZUPLA und generell der Möglichkeit zur Verbesserung des Konzepts gewidmet war.

MARTIN KNOEPFEL

Geleitet wurde der Abend vom Obmann der Fachgruppe SRO im ZSVKZ, Yves Baumgartner; als Referenten hatten sich Leo Hauser (DC SRO ZSO Dinhard), Hans Keller (DC SRO Henggart), Peter Schwarz (Ausbildungschef der ZS-Region Uster), Andreas Inderbitzin (Chef Bauabteilung KAZS) und Gerd Wulff (DC SRO Bauma) zur Verfügung gestellt.
Die ZSO Dinhard umfasst die Gemeinden Altikon, Dinhard und Thalheim, welche alle nordöstlich von Winterthur im Thurtal liegen. Die ZSO ist zuständig für insgesamt 2339 Einwohner, für die 2909 Schutz-

plätze vorhanden sind und umfasst 120 Dienstpflichtige. Die drei Gemeinden sind noch stark landwirtschaftlich geprägt, was für die ZSO besondere Probleme schafft (Schutz der Landwirtschaft und Betrieb der Höfe nach dem Schutzraumbezug). Die ZSO Henggart ist für die drei nördlich von Winterthur gelegenen Gemeinden Henggart, Humlikon und Adlikon zuständig, wobei ihr Einzugsgebiet wegen der beiden Weiler Niederwyl und Dätwyl ungewöhlich ausgedehnt ist. Hingegen ist die ZSO insofern in einer komfortablen Lage, als die Gemeinden erst in den sechziger und siebziger Jahren schutzraumpflichtig wurden, so dass alle Schutzräume den TWP-Anforderungen genügen. Zudem besteht heute ein Überangebot von rund 1000 Schutzraumplätzen, was darauf zurückzuführen ist, dass in finanziell günstigeren Zeiten sehr grosszügig gebaut wurde, und dass in vielen Einfamilienhäusern die Kinder mittlerweile ausgeflogen sind.

Ganz andere Verhältnisse herrschen in Bauma, im östlichen Teil des Kantons Zürich. Die ZSO muss sich um rund 4300 Personen (eingeschlossen die wenig zivilschutzfreundliche Gemeinde Sternenberg) kümmern. Rund die Hälfte des Gemeindegebiets von Bauma ist von Wald bedeckt, und die Siedlungen liegen einerseits im Talboden, andererseits weit verstreut in zahlreichen kleinen Weilern in Höhen von 600 bis 900 Metern, die voneinander durch erstaunlich steile Täler getrennt werden; zwischen diesen Siedlungen existieren meist keine direkten Wege, was bei der ZUPLA natürlich zu berücksichtigen ist.

Zusammenarbeit ist gefragt

Wie Hauser unterstrich, löst der Einsatz der EDV die Probleme der ZUPLA nur zum Teil; wichtig sei vor allem, dass man sich vorher überlege, was man mit Hilfe des Computers erreichen wolle. Zudem sei die Zuverlässigkeit der ZUPLA nicht allein von der Qualität der Arbeit der SRO abhängig, sondern ebenso von der Zusammenarbeit zwischen Ortschef, Gemeindeverwaltung, DC SRO, Zivilschutzstellenleitung und Planungsbüro. Trotz des Einsatzes der EDV bleibt die Zuteilung aber eine Fleissarbeit, wobei nach Ansicht von Hauser auch für kleine Gemeinden die Familienzuteilung dringend zu empfehlen ist. Schliesslich sollte man sich auch rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie sich die Gemeinde voraussichtlich entwickeln wird.

Keller betonte, dass Ortskenntnis und -verbundenheit für die SRO von grossem Wert sind, obwohl der Lokalpatriotismus auch gelegentlich überbordet. Ein weiterer Vorteil kleiner Gemeinden besteht darin, dass jeder jeden kennt, was die Information der Bevölkerung wesentlich erleichtert. Bei der Erarbeitung der ZUPLA verzichtete man in der ZSO Henggart auf die Verwendung von Plänen, weil deren Nachführung aufwendig gewesen wäre. Die Information der Bevölkerung erfolgte mit den gelben Tafeln sowie mit einem persönlichen Brief anfangs 1991. Die Mutationen werden in Übungen oder in bezahlter Freizeitarbeit erledigt: trotz der Verwendung der EDV bleibt aber noch viel Handarbeit übrig.

In Bauma wurden als Folge der Qualitätseinstufung der Schutzräume die natürlich belüfteten Schutzräume der Kategorie C in Einfamilienhäusern gestrichen. Die belüfteten Vor-TWP-SR bleiben als Schutzräume 2. Klasse in der ZUPLA; das Lüftungsaggregat wird kontrolliert, solange es funktioniert. Unklar ist momentan, wer eine Erneuerung bezahlen muss. Die Auswirkungen der Qualitätseinstufung auf die ZUPLA waren alles in allem jedoch bescheiden. Seit 1989 arbeitet Bauma an einem Zuweisungsprogramm. Weiter wies Wulff darauf hin, dass es unter Umständen billiger kommt, bestehende Schutzräume nachzurüsten als neue zu bauen. Die Mutationen werden in Bauma der Bevölkerung jährlich mitgeteilt, weil das die Leute seiner Ansicht nach erwarten. Immerhin betrifft das rund acht Prozent der Einwohner.

In grösseren Gemeinden

Peter Schwarz berichtete von den Erfahrungen mit der ZUPLA in der Ausbildungsregion Uster, die neben kleineren auch verschiedene grosse Gemeinden umfasst, etwa die Stadt Uster. Diese Gemeinden verfügen natürlich alle über EDV-Systeme für die Verwaltung. Dennoch waren Fehler in der ZUPLA nicht zu vermeiden. So fehlten beispielsweise ganze Schutzräume, die aber in Tat und Wahrheit existierten, und Personen waren keinem Schutzraum zugewiesen worden. Ursache dieser Mängel war meist die Schnittstelle zwischen Einwohnerkontrolle, Bauamt und Zivilschutz. Schwierigkeiten entstanden auch, wenn bei der ZUPLA topographische Gegebenheiten oder der Einkauf in bestehende Schutzräume nicht berücksichtigt worden waren, wobei letzteres unter anderem darauf zurückzuführen war, dass nicht alle Gemeinden über diese Einkäufe Buch führten. Letztlich waren aber die meisten Probleme auf ungenügende Dateneingaben zurückzuführen. Wichtig sind deshalb genaue Adressen sowohl der Wohnhäuser als auch der Schutzräume. Auch die Grösse der Belegschaft eines Betriebs muss bekannt sein, damit eine funktionierende ZUPLA erstellt werden kann. Gute Erfahrungen machte eine Gemeinde, welche eine provisorische ZUPLA erarbeitete, der Bevölkerung die Zuweisung mitteilte und zugleich um Mithilfe bei der Fehlerkorrektur bat. Schwierigkeiten entstehen sodann, wenn die verschiedenen für die ZUPLA massgeblichen Kriterien nicht gewichtet werden. Schliesslich warnte Schwarz vor dem «Domino-Effekt»: Wenn die ZUPLA vom Computer gemacht wird, besteht die Gefahr, dass als Folge relativ kleiner Verschiebungen 60 bis 70 Prozent der Zuteilungen automatisch geändert werden. Das hat natürlich schwerwiegende Konsequenzen, wenn die Zuweisungen in den Häusern angeschlagen sind. Schwarz empfiehlt deshalb möglichst viele Handzuweisungen, welche vom Computer nicht überrannt werden können. Ratsam ist auch der Einsatz einer permanenten EDV-Gruppe, die aus Personen mit Computererfahrung besteht, ihren Dienst unabhängig vom Rest der ZSO leistet und die nötigen Anpassungen der ZUPLA vornimmt. Verbesserungen wären nach Ansicht von Schwarz aber auch bei der ZUPLA-Software möglich.

Grosser Wert des Schutzbaugutes

Andreas Inderbitzin wies darauf hin, dass das Schutzbaugut einen beachtlichen Wert verkörpert: allein im Kanton Zürich müsste man heute rund 2,4 Mrd. Fr. ausgeben, wenn man die bestehenden Schutzbauten neu erstellen müsste. Natürlich wäre ein derartiges Programm in der gegenwärtigen Situation politisch chancenlos; die ZS-Verantwortlichen haben deshalb eine grosse Verantwortung, diese Werte zu bewahren. Weiter betonte der Referent, dass die Belegschaften von Betrieben ohne eigene Schutzräume anderen Schutzräumen zugewiesen werden. In Gemeinden, in denen viele Betriebe vorhanden sind, kann das zu Problemen führen. Die Qualitätseinstufung der Schutzräume gilt übrigens auch für die Betriebe. Zweck der ZUPLA ist ein optimaler Schutz der Bevölkerung, sowohl in bezug auf die Distanz zum Schutzraum als auch bezüglich der Qualität. Bei der nächsten Überarbeitung der ZUPLA wird man sich deshalb mit der Qualitätseinstufung befassen müssen. In diesem Zusammenhang wies Inderbitzin auch darauf hin, dass Gemeinden, welche in den sechziger Jahren mit dem Schutzraumbau begonnen haben, Schutzräume ganz unterschiedlicher Qualität aufweisen. Gemeindeweise Schutzraum-Statistiken sind deshalb fragwürdig. Schliesslich betonte Inderbitzin, dass die 12-Jahr-Grenze bei der ZUPLA wegen der Schutzmaske bestehe und deshalb flexibel gehandhabt werden könne. ▲